

Postulat CVP-Fraktion:**«Bildungsplanung und Überprüfung der Schulstrukturen**

Im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) ist auf schweizerischer Ebene der Aufbau eines Bildungsmonitorings vorgesehen. Im Kanton St.Gallen werden in den nächsten Jahren mehrere Reformprojekte umgesetzt und die Schülerzahlen gehen stark zurück. Der Bericht Perspektiven der Volksschule gibt keine Antwort auf die Fragen wie die Umsetzung des schweizerischen Bildungsmonitorings auf kantonaler Ebene umgesetzt werden soll und in wie weit die bestehenden Schulstrukturen den künftigen Anforderungen noch genügen.

Bildungsplanung/-monitoring

Der Kanton St.Gallen und die Schulgemeinden bieten die Dienstleistung Bildung an und geben dafür jährlich rund 900 Millionen Franken aus. Das Bildungsmonitoring hat die Funktion der Rechenschaftslegung. Die öffentliche Hand, Regierung und Parlament sollten wissen, ob und wie ihre Ziele mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht werden. Dieses Wissen ist unverzichtbar für die weitere Bildungsplanung und Bildungsentwicklung. Im Kanton St.Gallen fehlt die Möglichkeit, das Bildungssystem zu analysieren sowie Stärken und Schwächen zu untersuchen. Mit der Erfassung und Analyse bildungsrelevanter Daten kann aufgezeigt werden, wo gegebenenfalls Reformen eingeleitet werden müssen (z.B. PISA-Massnahmen/Oberstufen-reform).

Überprüfung der Schulstrukturen

Wie Prognosen des Erziehungsdepartementes aufzeigen, werden bis ins Jahr 2014 rund 500 Schulklassen (von 3'200) weniger vorhanden sein. Trotz dieser sinkenden Schülerzahlen ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die Gesamtkosten des Bildungswesens wesentlich zurückgehen werden (vgl. dazu «Perspektiven der Volksschule»). Mit der Einführung der Schulleitungen wurden zwar die Voraussetzungen für eine Trennung der operativen und strategischen Ebene geschaffen, die Handhabung in den einzelnen Schulgemeinden ist dagegen unklar. Die Anforderungen an die Schulräte und Schulleitungen steigen wegen gesellschaftlicher und systembedingter Veränderungen zunehmend, was die Rekrutierung geeigneter Führungspersonen massiv erschwert.

Die Regierung wird deshalb eingeladen, Bericht und allenfalls Anträge über folgende Themenkreise zu erstatten:

- Umsetzung des schweizerischen Bildungsmonitorings auf kantonaler Ebene (Schaffung einer Fachstelle für Bildungsplanung und -monitoring?)
- Beschaffung bildungsstatistischer Kennzahlen – eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen – und deren Verarbeitung
- Stand und Überprüfung «Fremdevaluation»
- Anpassungen der Schulstrukturen, insbesondere
 - Rolle aller Gremien im Bildungsbereich
 - Stellung, Aufgaben und Berechtigung des Erziehungsrates und der Regionalen Schulaufsicht (RSA)
 - Unterstützung und Controlling der Schulräte und Schulleitungen (regionale Schulentwicklungsberater?)
- Anpassung der Gemeindestrukturen (Gesamtschulgemeinde, Schulgemeindegrösse, Professionalisierungsgrad auf Ebene Schulrat und Schulleitung, etc.)»

